

An den Regionspräsidenten und die Bürgermeisterinnen
und Bürgermeister der Kommunen in der Region Hannover

An die Mitglieder der Regionsversammlung

An die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien
in den Stadt- und Gemeinderäten in der Region Hannover

An die Dezernentinnen und Dezernenten der Region
Hannover und der Landeshauptstadt Hannover



Geschäftsstelle Klimaweisen-Rat
Dezernat Umwelt, Klima, Planung und Bauen
Fachbereich Energie und Klima Region Hannover
Hildesheimer Straße 17,
30169 Hannover

Stellungnahme des Klimaweisen-Rates zum Stand der Planungen zur Klimaneutralität in Stadt und Region Hannover im Jahr 2035

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. März 2021 verpflichtet dazu, politische Entscheidungen auf die Begrenzung der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau auszurichten. Damit folgt es der auf der „Pariser Klimakonferenz“ (COP 21) völkerrechtlich verbindlichen Einigung, die vom deutschen Bundestag einstimmig ratifiziert wurde. Die Werte der drei wesentlichen Treibhausgase (Kohlendioxid, Methan und Lachgas) seien 2022 auf neue Rekorde gestiegen, erklärte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in einem neuen Bericht. Auch für 2023 waren keinerlei Anzeichen für eine Trendumkehr erkennbar. Laut dem Weltklimarat (IPCC) und der WMO wird die globale Erwärmung wahrscheinlich bereits vor 2030 1,5 Grad überschreiten. In der Wissenschaft werden sogar schon deutliche Hinweise darauf diskutiert, dass bereits im Jahr 2023 die 1,5 Gradschwelle im Jahresmittel erreicht wurde. Derzeit wird befürchtet, dass die Klimakrise schneller voranschreitet als bisher gedacht. „Trotz jahrzehntelanger Warnungen der wissenschaftlichen Gemeinschaft, tausender Seiten von Berichten und dutzender Klimakonferenzen bewegen wir uns immer noch in die falsche Richtung“, erklärte kürzlich der bisherige WMO-Chef Petteri Taalas.

Würden sich alle Staaten der Erde so verhalten wie Deutschland, würde das auf eine globale Erwärmung zwischen 3 und 5 Grad hinauslaufen, so der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung. Der Anstieg der mittleren Temperaturen in Deutschland läge in diesem Fall voraussichtlich zwischen 6 und 10 Grad mit entsprechend gravierenden Folgen auch für die Region Hannover. Der Bund hat das Ziel bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden, das Land Niedersachsen will dies bis 2040 erreichen. Region und Stadt Hannover wollen Klimaneutralität bereits im Jahr 2035 realisiert haben. Dazu heißt es auf der Homepage der Region Hannover: „Es wird angestrebt, das Klimaziel der Treibhausgasneutralität möglichst bis

zum Jahr 2035 zu erreichen. Dies nimmt die Regionsverwaltung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden der Region Hannover in Angriff. Bezogen auf den Wärme-, Strom- und Verkehrssektor bedeutet dies, dass bis zum Jahr 2035 der Einsatz fossiler Energieträger (Kohle, Heizöl, Erdgas, Kraftstoffe) vollständig durch erneuerbare Energieträger ersetzt wird.“ Für das Erreichen eines konkreten Temperaturziels ist allerdings nicht so sehr das Enddatum der Klimaneutralität (2035, 2040 oder gar 2045) von Bedeutung, sondern das sogenannte Restbudget, also die Gesamtmenge an Treibhausgasen, die insgesamt noch ausgestoßen werden darf. Das Restbudget ist – wenn überhaupt noch vorhanden – für das Einhalten des Ziels von 1,5 Grad äußerst klein, aber auch für das andere in Paris formulierte Ziel, die globale Erwärmung deutlich unterhalb von 2 Grad zu halten, und damit eine unkontrollierbare Entwicklung zu vermeiden, ist es inzwischen sehr begrenzt. Aus diesen Gründen wird es vor allem darauf ankommen, **bis 2030** die Emissionen stark zu reduzieren; der IPCC spricht von einer Reduktion von ca. 50% gegenüber 2019.

Der Klimawaisen-Rat der Region Hannover würdigt die Vorsätze von Region und Stadt Hannover, die Anstrengungen von Vertreter:innen der politischen Parteien in der Region sowie der Verwaltungen in Region und Stadt zur Zielerreichung. Dennoch: Angesichts der bestehenden Ambitionsücke (Verabschiedung von Klimazielen, die mit den Paris-Zielen nicht kompatibel sind) und der Umsetzungslücke (Nichteinhaltung von klimapolitischen Zielen) ist im Blick auf klimapolitisches Handeln im Bund, dem Land, aber auch in der Region und der Stadt Hannover von einem Klimaversagen zu sprechen. Der angestrebte Ausbau regenerativer Energien stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar, aber was zu Beginn der 1990er Jahre, also nach dem ersten Bericht des Weltklima-Rates, vielleicht noch als verheißungsvoller Anfang hätte gewertet werden können, muss heute als zu spät, zu wenig und deutlich zu langsam bewertet werden. Ohne eine völlig veränderte Vorgehensweise wird das von Region und Stadt Hannover selbst ausgerufen Ziel der Klimaneutralität 2035 deutlich verfehlt werden.

Der Klimawaisen-Rat mahnt daher an, die längst überfällige, wissenschaftlich fundierte und umfassende Planung für alle Sektoren umgehend zu erarbeiten und mit allen Akteur:innen Maßnahmen zu konkretisieren, die von der Zielerreichung her gedacht sind und über das Vollziehen gesetzlicher Vorgaben hinausgehen. Diese Maßnahmen sind soweit möglich mit Haushaltsmitteln abzusichern. Es gilt einerseits die effektivsten Maßnahmen zu priorisieren, andererseits auch suffiziente Strategien zu verfolgen. Fortschritte müssen dabei insbesondere in folgenden Bereichen erreicht werden:

- Wärmeversorgung
- Energieversorgung
- Mobilität
- Gebäude und Bausektor
- Industrie
- Land- und Forstwirtschaft
- Bürger:innenbeteiligung

Noch wird das vorhandene Wissen in der Region nicht gebündelt, und Klimaschutz hat im Haushalt der Region und der Regionskommunen keine ausreichende Priorität um die Klimaziele zu erreichen. Die zur Transformation notwendigen Technologien sind bekannt, die notwendigen Schritte in vielen Studien wissenschaftlich gut dokumentiert, aber ohne die Einbeziehung von wissenschaftlichen Institutionen in der Region und deren professioneller Arbeitskraft können die komplexen Maßnahmenbündel nicht geplant werden. Dazu gehört auch, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zusammen mit Maßnahmen zur Eindämmung der Biodiversitätskrise gedacht und umgesetzt werden.

Noch immer werden teilweise unplausible Konzepte verfolgt, wie z.B. die Halbierung des Energiebedarfs bis zum Erreichen der Klimaneutralität oder es werden unhaltbare Hoffnungen auf schnell umsetzbare hohe Importe von billigem grünen Wasserstoff geweckt. Eine klimaneutrale Verwaltung hätte zwar eine wichtige Vorbildfunktion, aber nur 4 % des Ausstoßes an Treibhausgasen in der Region Hannover sind diesem Bereich zuzuordnen. Sich hauptsächlich auf diesen Bereich zu konzentrieren ist aus Sicht des Klimawesen-Rates daher unzureichend. Auch wenn die Region auf andere Bereiche nur einen begrenzten Einfluss hat, müsste zum Erreichen der Klimaneutralität eine andere Priorisierung vorgenommen werden, wenn das Ziel der Klimaneutralität nicht zur Makulatur verkommen soll. Gerade weil die Reichweite des Einflusses der Regionsverwaltung und der Politik begrenzt ist, wird sich Klimaneutralität nur mit einer stärkeren Bürger:innenbeteiligung, einer stärkeren Einbeziehung der in der Region tätigen Wirtschaftsbetriebe und einer angemessenen Berücksichtigung des know-hows von wissenschaftlichen Instituten in der Region erreichen lassen.

Das Eindämmen der Klimakrise und das Erreichen der Klimaneutralität in Stadt und Region erfordert aus Sicht des Klimawesen-Rates ein ganz anderes Tempo und veränderte Prioritäten. Der Klimawesen-Rat ist bereit, den notwendigen Dialog mit seiner ehrenamtlichen Tätigkeit im Rahmen seiner Möglichkeiten zu begleiten, für eine erfolgreiche Unterstützung bedarf es aber grundlegender Veränderungen am bisherigen Vorgehen.

Hannover, 25.03.2024

Der Klimawesen-Rat der Region Hannover

Prof. Dr. Lars-Oliver Gusig, Dr. Bianca Lim,
Prof. Dr. Jürgen Manemann, Michael Nagel, Dr. Florian Oppermann,
Prof. Dr. Gunther Seckmeyer, Ronja Strobel, Prof. Dr. Christina von Haaren